



Favoriten +

Zeitungsansicht

Drucken

Schliessen



Politik

TAGESTHEMA

Streit unter

OWL-Koalitionären

Knackpunkt ist die Entlastung der Kommunen

Von unserer Korrespondentin Alexandra Jacobson

Berlin. Eigentlich müsste in dem Koalitionsvertrag der Großen Koalition alles haarklein geregelt sein. Denn was CDU, CSU und SPD ausgehandelt haben, ergiebt sich auf sage und schreibe 185 Seiten. Das ist der längste Koalitionsvertrag, den es in der bundesdeutschen Geschichte je gegeben hat. Trotzdem fehlen wichtige Informationen, zum Beispiel das Datum, ab dem die Kommunen jährlich um fünf Milliarden Euro entlastet werden sollen. Darüber ist ein erbitterter Streit zwischen SPD und Union entbrannt. Stellvertretend für die Große Koalition tragen diesen Streit derzeit die Abgeordneten aus Ostwestfalen-Lippe aus.

Im Koalitionsvertrag wird die jährliche Entlastung um fünf Milliarden Euro an die Verabschiedung eines "Bundesteilhabegesetzes" gekoppelt. Damit ist die Eingliederungshilfe für Behinderte gemeint. Doch wann soll dieses Gesetz unter Dach und Fach sein? Im Vertrag ist kein Datum genannt. Nach Ansicht des Mindener Bundestagsabgeordneten Achim Post (SPD) soll der warme Geldregen von fünf Milliarden Euro ab 2017 auf die Kommunen hinunterprasseln. Das sei unabhängig vom Text des Koalitionsvertrags zwischen Union und SPD so verabredet worden. In der mittelfristigen Finanzplanung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) tauchen die fünf Milliarden allerdings erst 2018 auf, also für die nächste Wahlperiode.

Der Mindener Steffen Kampeter (CDU), Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, will von einer Absprache nichts wissen. Ganz im Gegenteil, Kampeter schäumt: "Ich fordere Achim Post auf, nicht noch einmal wahrheitswidrig zu behaupten, es habe über das im Koalitionsvertrag Vereinbarte weitere Zusagen gegeben." Kampeter verweist außerdem darauf, dass Schäubles Haushaltsentwurf von allen SPD-Ministern einschließlich Vizekanzler Sigmar Gabriel abegesegnet worden sei. Und allen sei klar gewesen, dass die fünf Milliarden erst 2018 eingestellt werden. Schon vorher, ab 2015, sollen die Kommunen mit jährlich einer Milliarde Euro in Hinblick auf die Eingliederungshilfe entlastet werden.

Für die Sicht von Achim Post spricht jedoch, dass auch der Städte- und Gemeindebund in seinen Stellungnahmen von einer Entlastung der Kommunen um fünf Milliarden Euro noch in dieser Wahlperiode ausgeht. Gab es doch eine weitergehende mündliche Absprache? Davon überzeugt sind neben Achim Post die anderen vier sozialdemokratischen Abgeordneten aus OWL, Dirk Becker, Burkhard Blienert, Christina Kampmann und Stefan Schwartze. Die sogenannte Teutonenriege, wie sich die fünf SPD-Parlamentarier aus OWL nennen, will nun darum kämpfen, dass das Bundesteilhabegesetz bereits 2016 verabschiedet wird, damit die fünf Milliarden Euro ab 2017 gewährt werden können. "Das ist für uns ein ganz harter Punkt", sagt Achim Post. In einer Resolution der Riege heißt es: "Unsere Städte und Gemeinden sind auf die Entlastung durch den Bund dringend angewiesen."

© 2014 Neue Westfälische
12 - Bad Oeynhausen, Dienstag 18. März 2014